◆ Immer noch keine Brücke: Die Bundesregierung hat zwar ein Energiepaket vorgelegt. Das würde der energieintensiven Industrie aber wenig nützen. **Seite 2**

◆ Die lippische Kunststoffindustrie zeigt ein uneinheitliches Bild: Bei einigen Unternehmen läuft es, bei anderen ist Krise. **Seite 3**

nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.

Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.61 | Winter 2023/24

Schwierige Tarifrunde mit Ergebnis

Die Tarifverhandlungen in der lippischen Kunststoffindustrie waren besonders schwierig. Am Ende steht ein Kompromiss. Möglich wurde dieser, weil sich die Beschäftigten eingemischt haben.

Tarifrunden in Krisenzeiten sind immer schwierig. Das ändert aber nichts daran, dass die Beschäftigten der lippischen Kunststoffindustrie dringend mehr Geld brauchen.

Vier ergebnislose Verhandlungsrunden bedeuteten am Ende eine Schlichtung. Die fand am 27. November statt und zog sich. »Es war zäh. Schon in den Verhandlungsrunden zuvor hat sich die Arbeitgeberseite nur millimeterweise bewegt. Am Ende sind wir zufrieden, das Ergebnis kann sich sehen lassen«, sagt Nikolaus Böttcher, Verhandlungsführer der IG Metall Detmold, »die Kollegen und auch die Arbeitgeber haben damit Klarheit, wie es in den kommenden zwei Jahren mit den Entgelten weitergeht.«

Durch Vermittlung des Schlichters Tillmann Ebner, Richter am Arbeitsgericht in Gießen, stimmten am Ende des Tages beide Seiten zu.

Je nach Betrieb wird das Ergebnis unterschiedlich gesehen

In den Tagen danach wurde das Ergebnis in den Betrieben heiß diskutiert. Den einen ist das zu wenig, der Tarifvertrag laufe 24 Monate, die erste Erhöhung zum 1. Januar 2024 betrage nur 3,5 Prozent. Andere sind zufrieden. »Das Ergebnis ist so in Ordnung«, sagt Thomas Bergmann, Betriebsratsvorsitzender bei Oskar Lehmann und Mitglied der IG Metall-Tarifkommission. Er saß mit am Verhandlungstisch und weiß, wie mühsam und zäh es war, einen Kompromiss zu erreichen. »Dass die Laufzeit nun länger ist, ist Teil des Kompromisses«, fügt er an. Die Inflationsausgleichsprämie sei gar nicht gefordert worden, sie gleicht nun die Nullmonate von Oktober bis Dezember 2023 aus.

»Das Ergebnis muss in der Fläche tragen«, sagt Nikolaus Böttcher, »also alle Betriebe mitnehmen«. »Am Ende steht ein Kompromiss, den es ohne die Aktionen der Beschäftigten, mit denen sie sich hinter unsere Forderungen gestellt haben, gar nicht gegeben hätte. Die Arbeitgeberseite wollte sehr viel weniger geben. Das haben wir mit der Tarifrunde erfolgreich geändert. Die Erhöhung bringt konkret mehr Geld ins Portemonnaie«.

WIR VERDIENEN MEHR!

3,5 % mehr zum 01.01.2024
2,0 % mehr zum 01.11.2024
3,0% mehr zum 01.04.2025

500 Euro Inflationsausgleich (Auszubildende 250 Euro)

Das Ergebnis vorgestellt

➲ Im Detail erfolgen die tabellenwirksamen Lohn- und Gehaltserhöhungen in drei Stufen. Die erste Erhöhung kommt mit 3,5 Prozent zum 1. Januar 2024. Da die eine Erhöhung auf die nächste aufsetzt, sind es in der Summe mehr als 8,5 Prozent.

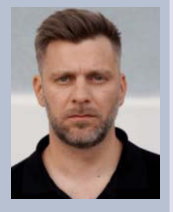
➲ Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 24 Monate, er endet also zum 30. September 2025. Dann wird neu verhandelt.

➲ Die steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie kommt nicht vom Staat. Der hat nur die gesetzlichen Weichen dafür gestellt. Sie zahlt Dein Arbeitgeber, und zwar in zwei Schritten:

- 250 Euro mit der Februarabrechnung 2024 und weitere 250 Euro mit der Abrechnung im September 2024.
- Betriebe, die seit dem 1. Februar 2023 in Kurzarbeit waren oder sind, können die erste Auszahlung um einen Monat verschieben, müssen also spätestens mit der Märzabrechnung 2024 die ersten 250 Euro auszahlen.
- Für Auszubildende gelten die gleichen Termine. Sie erhalten allerdings nur die Hälfte, jeweils 125 Euro.

vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



die Tarifrunde ist zu Ende. Weihnachtsgeschenke beinhaltet das Ergebnis nicht. Das war auch nicht zu erwarten, weil die Arbeitgeberseite bei den Prozenten um jede Nachkommastelle gerungen hat. Einige Unternehmen der lippischen Kunststoffindustrie haben aktuell Probleme. Doch dafür sind wir nicht verantwortlich. Der Abschluss ist voller Augenmaß. Die enormen Kostensteigerungen, unter denen auch die Unternehmen leiden, haben andere Ursachen als zu hohe Tarifabschlüsse. Im Gegenteil: Nüchtern betrachtet gleicht das Ergebnis die Geldentwertung der vergangenen zwei Jahre nur zum Teil aus. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, ihre Hausaufgaben zu machen und ihre Probleme zu beseitigen.

Möglich wurde das Ergebnis nur, weil sich viele Kolleginnen und Kollegen an der Tarifrunde beteiligten: sie zeigten Flagge, indem sie die »Wir verdienen mehr«-Buttons trugen, Fotoaktionen durchführten und sich zur Aktiven Mittagspause versammelten. Je mehr und je aktiver wir sind, desto mehr können wir erreichen. Das klingt einfach – und ist es auch. Wir müssen gut organisiert sein, deswegen ist eine Mitgliedschaft in der IG Metall auch so wichtig und wertvoll.

Ein schwieriges Jahr geht zu Ende. Wir wünschen Dir, Deiner Familie, Deinen Lieben eine schöne und erholsame Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Jahr 2024. Wir hoffen auf ein Jahr, in dem sich vieles beruhigt. Zumindest bei der Inflation ist das wahrscheinlich. Mit großer Sorge sehen wir, dass die Zahl der Kriege und Konflikte in der Welt zunimmt. Auch das ist eine Hoffnung für 2024: Dass es gelingt, eine friedlichere Welt zu schaffen.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold

fett-ecke

Das Benko-Imperium ist zusammengebrochen. Aber wer zahlt?

Bis 2009 gab es Hertie im Lemgo, auch in Detmold fand sich Hertie, später Karstadt, an der Langen Straße. Bis in die 2000er Jahre hinein waren Kaufhäuser prägend für Innenstädte auch in kleineren Städten. Inzwischen sind sie größtenteils Geschichte. Aus Paderborn hat sich Karstadt in diesem Jahr zurückgezogen, Bielefeld folgt im kommenden Jahr.

Dass es immer weniger Kaufhäuser gibt, hat viel zu tun mit geänderten Verhaltensweisen. Früher, zum Beginn des Schlussverkaufs, drängelten und schoben die Kunden, um ein Schnäppchen auf einem riesigen Wühlhaufen zu ergattern. Heute gibt es den »Black Friday«. Und der findet vor allem im Internet statt.

Doch der Niedergang der Kaufhäuser ist auch eine Geschichte, die mit Investoren zu tun hat. René Benko und sein Signa-Imperium haben sich etliche Ketten unter den Nagel gerissen. Im Prinzip konnte man es schon vor Jahren wissen: Ein sicheres Geschäftsmodell konnte das nicht sein. Die Leidtragenden waren die Beschäftigten der Kaufhäuser, inzwischen zusammengefasst unter dem Namen »Galeria Karstadt Kaufhof«. Für die Häuser arbeiten noch rund 12.000 Beschäftigte, es waren mal viel mehr. Und sie haben in den vergangenen Jahren bereits zwei Insolvenzen erlebt. Aktuell heißt es zwar, unmittelbare Folgen gäbe es nicht, da Galeria als eigenständiges Unternehmen handelt. Aber die Verflechtungen sind da, Signa ist quasi die Mutter – und damit könnte Galeria erneut in den Abgrund gerissen werden.

Ist ein Imperium erst mal groß genug, kann es sich sicher sein, vom Staat gerettet zu werden. Da geht es vordergründig um Arbeitsplätze, hintergründig aber darum, dass eine Pleite riesige Kreditausfälle bei Banken verursacht, die Finanzwirtschaft also ein echtes Problem bekommt. Die Verbindlichkeiten der Signa-Gruppe belaufen sich auf 5 Milliarden Euro, auf der Habenseite stehen aber nur 2,77 Milliarden Euro, wie zu Beginn der Insolvenz von Signa berichtet wurde. Mehr als 100 Banken sind mit Signa im Geschäft. Wir groß die Verbindlichkeiten der Tochterfirmen sind, es sind mehrere Hunderte in einem schwer zu durchschauenden Geflecht, weiß noch niemand zu berichten.

Karstadt wurde bereits mehrfach gerettet. Es ist nach gar nicht lange her, während der Corona-Hochjahre 2021 und 2022, da hatte Karstadt ein Darlehen in Höhe von 460 Millionen Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds erhalten, 2022 folgte eine stille Einlage des Bundes in Höhe von 250 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen mussten gehten, Häuser wurden geschlossen. Die Kette schrumpfte, profitabel wurde sie deshalb nicht. Die Zechen zahlen auch die Steuerzahler. Denn am Ende des Tages pumpt der Staat Geld in ein Unternehmen, um Kreditausfälle zu verhindern. Galeria war da nur eine Baustelle von Signa, die Gruppe ist vor allem im Immobiliensektor aktiv. Sie baute gerne im Luxussegment, und auch hier vor allem mit Krediten, die sie im Zeiten gestiegener Zinsen nicht mehr bedienen kann.

Es sind Glücksritter und Abenteuer, die sich da bereichern. René Benko wird nicht verarmen. Aber den Staat kosten solche Abenteuer hunderte von Millionen Euro. Irgendwas läuft da gewaltig schief.

kurz berichtet

Mitglieder wählen Delegierte

Alle vier Jahre ist es wieder soweit: Die Geschäftsstellen der IG Metall laden alle Mitglieder zur Wahl ihrer Delegierten ein. In der Geschäftsstelle Detmold geschieht dies im Januar bis März 2024. Auf Mitgliederversammlungen wählen die Mitglieder ihre Delegierten, die dann erstmals am 5. März zur Delegiertenversammlung zusammenkommen. Dort werden dann unter anderem die Bevollmächtigen neu gewählt.

Die Wahl der Delegierten vorab findet in der Regel in den Betrieben statt. Wer betrieblich nicht angebunden ist, etwa weil er oder sie Teil eines Arbeitskreises ist, wählt auf Mitgliederversammlungen außerhalb von Betrieben.

➲ Die Orte und Termine dafür finden sich auf der Website der IG Metall Detmold www.detmold/igmetall.de

Tarifrunden starten

Die Tarifrunde in der lippischen Kunststoffindustrie ist gerade beendet. Nun starten weitere Tarifrunden: In der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie in Westfalen-Lippe. Dort fordert die IG Metall 8,5 Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Die lippische Kunststoffindustrie ist nicht Teil der Tarifrunde, sie hat ihr eigenes Tarifgebiet. Ebenfalls am Start ist die Tarifrunde für die Leihbeschäftigten. Auch hier fordert die IG Metall 8,5 Prozent mehr Geld. Starten wird demnächst auch die Tarifrunde zum Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerk in NRW, ebenfalls mit einer Forderung von 8,5 Prozent. Angelaufen ist bereits die Tarifrunde im Stahl mit gleicher Forderung. Allerdings fordert die IG Metall in der Stahl- und Eisenindustrie zusätzlich die 32-Stunden-Woche. Die ersten Warnstreiks haben Anfang Dezember stattgefunden.

Klimafonds muss kommen

Der Klimafonds der Bundesregierung sollte bis 2027 eigentlich über 200 Milliarden Euro für klima- und industriepolitische Projekte zur Verfügung stellen. Das Bundesverfassungsgericht hat den Fonds gestoppt, da er nicht mit der Schuldenbremse vereinbar ist. Die IG Metall hingegen fordert, dass die Maßnahmen und Projekte kommen müssen: Dabei geht es nicht nur um günstige Energie für energieintensive Industrien, sondern auch um den Ausbau von Windkraft, Investitionen in Wasserstoff und Batteriezellen, um die Sanierung des Bahnnetzes, energetische Sanierung von Gebäuden und mehr. »Kommen die staatlichen Hilfen nicht, werden ganze Industrien abgehängt, darunter auch viele Zulieferer«, sagt Daniel Salewski, »Deutschland hängt im internationalen Maßstab sowieso schon hinterher, wenn es um Investitionen in die Zukunft geht«.

Immer noch keine Brücke

Die Kunststoffherstellung braucht viel Energie. Die IG Metall fordert einen Brückenstrompreis. Das neulich vorgestellte Energiepaket der Bundesregierung hilft wenig.

Zum Aktionstag für einen Brückenstrompreis kamen am 26. November über 10.000 Kolleginnen und Kollegen in Duisburg zusammen. Auch an anderen Orten, etwa in Berlin, fanden Aktionen statt.

Die Bundesregierung betont, wie wichtig es ihr sei,die Grundstoffindustrie in Deutschland zu halten. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat im Mai 2023 einen Industriestrompreis von 6 Cent vorgeschlagen. Dann passierte lange nichts, bis die Regierung Anfang November einen Plan für ein Energiepaket für das produzierende Gewerbe auf den Tisch legte. Dieses hätte aber für die energieintensive Industrie kaum Effekte.

Die Industrie benötigt über ein Viertel der gesamten in Deutschland verwendeten Energiemenge. Energieintensive Industriezweige sind vor allem die Chemie- und Metallindustrie. Auch die Kunststoffindustrie gehört dazu. Spritzgussverfahren brauchen jede Menge Energie. Zwar konnte der Energieverbrauch beim Spritzgussverfahren in den vergangenen Jahren bereits durch effektivere hydraulische oder elektrische Antriebe der Maschinen reduziert werden, doch der Verbrauch ist immer noch hoch.

Energiepaket ohne Wums

Die Bundesregierung hat nun im November ein Energiepaket vorgestellt, das das produzierende Gewerbe insgesamt entlasten soll. Doch eine gesenkte Stromsteuer, wie im Paket vorgestellt, würde den bisher bereits gültigen Spitzenausgleich nur ersetzen. Weiter will die Bundesregierung eine Strompreiskompensation fortführen. Die gibt es bereits für einige wenige Unternehmen, der Nutzerkreis würde ausgeweitet. Der Strompreis würde für die Unternehmen dadurch aber nur minimal sinken. Die Verlängerung der »Super Cap« Regelungen würde nur 90 Unternehmen in der ganzen Bundesrepublik treffen, die lippische Kunststoffindustrie hätte insgesamt nichts davon, wenn die indirekten C0-2 Kosten auf diesem Weg begrenzt werden.

Auch will die Bundesregierung als Teil des Energiepaketes einen Bundeszuschuss an alle Stromkunden gewähren, um die Übertragungsnetzentgelte zu stabilisieren. Auch dies würde der Kunststoffindustrie nur wenig helfen. »Das große Problem der zu hohen Energiekosten würde durch das Energiepaket der Bundesregierung nicht gelöst. Es sind Maßnahmen, die unspezifisch auf das gesamte produzierende Gewerbe wirken sollen, unabhängig davon, ob ein Unternehmen überhaupt energieintensiv ist oder nicht, oder die sogar alle Haushalte entlasten sollen«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold. »Im Ergebnis kommt wenig bis keine Entlastung für die lippische Kunststoffindustrie heraus«.

Fragezeichen durch Schuldenbremse

Zumal sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Frage stellt, ob das Energiepaket, geplant für 2024, überhaupt noch umgesetzt wird. Die Karlsruher Richter entschieden, dass 60 Milliarden Euro an ungenutzten Kreditermächtigungen, ursprünglich bereit gehalten für Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie, nicht in einen Klima- und Transformationsfonds verschoben werden dürfen.

So wären die 5,5 Milliarden Euro, die die Kosten bei den Übertragungsnetzentgelten stabilisieren sollen, aus diesem umgewidmeten Topf gekommen.

Was übrigens, anders als zuvor angekündigt, das Ende der Strom- und Gaspreisbremse nicht zum 31. März 2024, sondern bereits zum 31. Dezember 2023 bedeutet. Und auch zur Folge hätte, dass der Klima- und Transformationsfonds in Gänze nicht eingerichtet werden kann, bei dem es sich letztlich um eine Umwidmung der noch freien Mittel des Wirtschaftsstabilisierungsfonds gehandelt hätte. »Wer in die Zukunft investieren will, muss endlich die Schuldenbremse lockern«, sagt Daniel Salewski.

Brückenstrompreis jetzt!

Was die IG Metall fordert

- 5 Cent je Kilowattstunde als Preis, inklusive der Netzkosten, Steuern und Abgaben für 100 % des Verbrauchs.
- Einführung ab sofort
- Keine Dauersubvention, sondern als Brücke, bis ausreichend Erneuerbare Energien zur Verfügung stehen.
- Überprüfung mit der Option zur Verlängerung um vier Jahre.
- Den Brückenstrompreis soll es nicht umsonst geben: Investitionen in die Transformation müssen kommen, Standorte gesichert werden. Beschäftigte müssen nach Tarif bezahlt werden.

Es weihnachtet besser mit Tarif

Auf ein Weihnachtsgeld gibt es keinen gesetzlichen Anspruch. Vielmehr muss es als Sonderzahlung über Tarifverträge durchgesetzt werden. Für die lippische Kunststoffindustrie sind 70 Prozent eines Monatsentgelts festgeschrieben. Gibt es Probleme, haben nur IG Metall-Mitglieder einen rechtlichen Anspruch, der über den Tarifvertrag entsteht.

In Deutschland bekommen rund die Hälfte der Abhängig Beschäftigten Weihnachtsgeld. Die anderen schauen in die Röhre. Von denjenigen, die Weihnachtsgeld erhalten, arbeiten die meisten in tarifgebundenen Betrieben – von ihnen bekommen in diesem Jahr 77 Prozent Weihnachtsgeld, in Betrieben ohne Tarifvertrag sind es 42 Prozent. In solchen Betrieben ist Weihnachtsgeld oftmals nur eine freiwillige Leistung, die im nächsten Jahr schon wieder kleiner ausfallen oder ganz gestrichen werden kann. Nicht-tarifgebundene Betriebe, die Weihnachtsgeld zahlen, würden dies wohl auch nicht tun, wenn es nicht eine Konkurrenz um die Arbeitskräfte gebe. Tarifvertraglich vereinbarte Sonderzahlungen wirken so auch in nicht-tarifgebundene Betriebe hinein.

Frauen erhalten seltener Weihnachtsgeld als Männer. Bei den Frauen sind es 51 Prozent, bei den Männern 55 Prozent. Auch hier spielt die Tarifbindung eine wichtige Rolle: Frauen arbeiten häufiger als Männer in Branchen wie zum Beispiel dem Einzelhandel, wo die Tarifbindung in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen ist.

Weiter uneinheitliche Lage

Die schlechte Auftragslage bei Oskar Lehmann hält an. Bei Ninkaplast, Coko und Kingspan Light + Air läuft es besser. Kingspan will eine Servicegesellschaft am Standort gründen, ohne Tarifbindung. Und bei Coko will der Betriebsrat eine Vereinbarung zur Künstlichen Intelligenz erreichen.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen ist die Auftragslage zufriedenstellend. In diesem Jahr gab es eine Reihe von Neueinstellungen, alleine in den vergangenen drei Monaten waren es sechs. Die Zahl der Beschäftigten liegt bei 310. 15 bis 20 Leiharbeitnehmer werden im Betrieb eingesetzt. Insgesamt bildet Ninkaplast zwölf junge Menschen aus. Aktuell werden keine Betriebsvereinbarungen verhandelt.

Was sich verbessert hat, ist die Versorgungslage. Die Kantine wurde modernisiert, seit dem 1. August arbeitet Ninkaplast mit einem Caterer aus Bad Salzuflen zusammen. Das neue Angebot werde gut angenommen, berichtet Esin Kocaaga. Der Betriebsrat hatte sich für ein verbessertes Angebot und eine Kantine mit angenehmer Atmosphäre eingesetzt. Ninkaplast bezuschusst das Essen, die Preise sind angemessen. »Die Menüauswahl ist vielfältig und bietet eine breite Palette an Gerichten für unterschiedliche Geschmäkker«, ergänzt der Betriebsratsvorsitzende. Neben den täglich wechselnden Gerichten gibt es auch frische Salate, Schnitzel und Desserts. Es gibt auch Optionen für vegetarische Gerichte, sodass für jeden etwas dabei ist. Die Bezahlung erfolgt bargeldlos über die Gehaltsabrechnung.

Der Betriebsrat von **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop berichtet weiter von einer schlechten Auftragslage. Diese hält jetzt schon seit April diesen Jahres an. Es gab immer wieder Monate mit Kurzarbeit, zuletzt im November. Für Dezember 2023 ist die Kurzarbeit ausgesetzt.

Die Zahl der Beschäftigten beträgt weiterhin 245. 19 Auszubildende lernen bei Oskar Lehmann. Leiharbeitnehmer sind keine mehr im Betrieb. Die Verträge der befristeten Kolleginnen und Kollegen werden auf Grund der schlechten Lage zum 31. Dezember 2023 nicht mehr verlängert.

»Durch die schlechte Auftragslage sind wir gezwungen Prozesse anzupassen und Abläufe neu zu strukturieren«, sagt Thomas Bergmann, der Betriebsratsvorsitzende. Die Geschäftsführung lässt sich extern beraten und auch der Betriebsrat hat inzwischen einen externen Berater hinzugezogen, der besonders einen Blick auf die Beschäftigtensituation hat. Diese Beratung ist mit der Geschäftsführung abgestimmt. »Es werden bei dieser Maßnahme alle Bereiche, nicht nur die Fertigungsbereiche betrachtet. Herausgestellt hat sich jetzt schon, dass Fehler in der Organisation vorliegen, die über die Zeit immer weiter angewachsen sind. Wir müssen jetzt massiv und rasch gegensteuern um unsere Prozesse wieder ins Lot zu bekommen. Umstrukturierungen und schmerzhafte Einschnitte werden sich wohl nicht vermeiden lassen«, ergänzt Thomas Bergmann.

Der Betriebsratsvorsitzende scheidet zum Jahresende aus. Er ist dann 64 Jahre, hat 45 Jahre voll in die Rentenkasse eingezahlt und geht in seinen Ruhestand. Gelernt hat er Heizungsbauer, er hat sich weitergebildet und bei Oskar Lehmann als Konstrukteur gearbeitet. Rund 30 Jahre war er dort. »Es war eine schöne und gute Zeit«, sagt er rückblickend, »ich war sehr zufrieden mit meinem Arbeitsumfeld«. Seit der letzten Betriebsratswahl 2022 ist er freigestellter Betriebsrat, zuvor war tageweise freigestellt, weil Oskar Lehmann da noch weniger Beschäftigte hatte. Als Betriebsrat ist bereits seit den 1990ern engagiert. »Wir haben als Betriebsrat einiges bewegen könne und viele Kolleginnen und Kollegen sind auch Mitglied der IG Metall geworden. Ganz zufrieden bin ich dennoch nicht. Ich finde, mehr Kolleginnen und Kollegen sollten sich einmischen und aktiv werden«. Der Betriebsrat wird dann nach seinem Ausscheiden als Gremium einen neuen Betriebsratsvorsitzenden wählen.

Noch nicht abgeschlossen sind bei Oskar Lehmann die Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung zum Jobrad.

Bei **Coko** in Bad Salzuflen ist die Auftragslage zufriedenstellend. »Es könnte mehr sein, aber in dieser Jahreszeit ist es meistens etwas ruhiger«, sagt Marc Kohrs, der Betriebsratsvorsitzende. »In Anbetracht der vielfältigen Krisen, auch in Betrieben der Kunststoffbranche, sind wir 2023 auf Kurs geblieben und gut durch die stürmische See gekommen«, fügt er an.

Rund 560 Beschäftigte arbeiten bei Coko. 13 junge Menschen werden ausgebildet. Die Zahl der Leiharbeitnehmer hat sich weiter verringert, es ist nur einer im Werk eingesetzt. Über 40 Kolleginnen und Kollegen arbeiten mit einem befristeten Vertrag, etwa eine Hand voll davon sind nicht verlängert worden. Kurzarbeit gibt es keine bei Coko, gearbeitet wird von montags bis freitags, Mehrarbeit fällt nicht an. »Was uns Sorgen macht, die Arbeitsorganisation erschwert und die Arbeitsbelastung erhöht, ist der außergewöhnlich hohe Krankenstand, den Coko im Moment zu verzeichnen hat«, ergänzt Marc Kohrs.

Coko ist weiter aktiv, um junge Menschen für eine Ausbildung bei Coko zu gewinnen. Erstmals beteiligte sich das Unternehmen mit Unterstützung des Betriebsrats an der »Nacht der Ausbildung«, die in Bad Salzuflen am 16. November stattfand. In den Abendstunden konnten sich Jugendliche informieren und Ausbildungsinhalte kennenlernen. Das Format sei gut angenommen worden, etliche Schülerinnen und Schüler fanden ihren Weg in die Porschestraße.

Ein Tag zuvor, am 15. November, ehrte Coko die Beschäftigten, die 10, 25 und gar 40 Jahre bei Coko beschäftigt sind. Es wurde eine schöne Veranstaltung mit rund 50 Teilnehmenden in einem Saal im Bahnhof Bad Salzuflen.

Nahezu abgeschlossen ist eine Betriebsvereinbarung zur Betriebsruhe 2024. Spannend wird das Thema »Künstliche Intelligenz«. Zu diesem Thema strebt der Betriebsrat ebenfalls eine Betriebsvereinbarung an. Die Verhandlungen haben aber noch nicht begonnen. Dabei geht es darum, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Betrieb zu regeln. Im Verwaltungsbereich ist nach einer Testphase nun eine neue Software installiert, die auch Funktionen mit künstlicher Intelligenz aufweist. Ein Chatbot kann Texte verfassen. Diese Funktion wird zwar noch nicht genutzt, aber der Betriebsrat will das regeln, bevor sie möglicherweise zum Einsatz kommt. Als ersten Schritt wird sich der Betriebsrat zu dem Thema schulen lassen.

Bei **›Kingspan Light + Air GmbH‹**, vormals Essmann, berichtet der Betriebsrat von einer stabilen und guten Auftragslage. Die gute Lage führt jedoch nur zu wenigen Neueinstellungen. Waren im Spätsommer noch Leiharbeitnehmer im Betrieb, so werden sie jetzt nicht mehr angefordert. Damit kam die Geschäftsführung einem Beschlussverfahren zuvor, welches der Betriebsrat angestrengt hatte. Er hatte dem Einsatz von Leihbeschäftigten nicht zugestimmt, Leiharbeit ist aber mitbestimmungspflichtig. Im Kingspan-Werk gibt es keine gültige Betriebsvereinbarung, die die Leiharbeit regelt. »Wir wollen, dass Kingspan mehr Festeinstellungen vornimmt. Bei steigenden Anforderungen ist das dringend nötig, um die Kolleginnen und Kollegen zu entlasten«, sagt Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende.

Weiter ein Thema sind Zeitaufnahmen, die der Arbeitgeber anstrebt. »Die machen für uns aktuell aber keinen Sinn, weil durch den Zuzug der Produktion aus Detmold und geplanten Neustrukturierungen sich Abläufe ständig verändern. Immer noch stehen die Maschinen nicht optimal, entsprechend kann es keinen optimalen Output geben«, erläutert Halil Annac.

Offenbar will Kingspan rasch eine neue Abteilung am Standort gründen, die sich ausschließlich mit dem Sonderbau beschäftigt. Das sind Produkte für Einbausituationen, die vom Standard abweichen. »Wir haben gehört, dass Kolleginnen und Kollegen angesprochen werden, die sich dann sehr schnell entscheiden sollen«, sagt Halil Annac, »wir bedauern, dass wir als Betriebsrat weder informiert noch eingebunden wurden«.

Gleiches gilt für den Ausbau des Service-Centers, in den Beschäftigte von Kingspan Light + Air wechseln sollen. »Auch hier wurden Kolleginnen und Kollegen angesprochen. Auch sie sollen sich schnell entscheiden«, sagt Halil Annac. Allerdings handelt es sich nicht um eine neue Abteilung, sondern den Wechsel in die Kingspan Services GmbH. Und die hat weder eine Tarifbindung noch einen Betriebsrat. Die Gesellschaft soll auf dem Gelände von Kingspan Light + Air angesiedelt werden, sie soll Aufträge bearbeiten, Wartungen und Monteurseinsätze planen. »Die Geschäftsführung sagt, im Servicecenter seien die Aufgaben besser aufgehoben. Aber warum läuft das nicht unter dem Dach von Kingspan Light & Air. Da warten wir auf eine Antwort«, fragt Halil Annac. Die Angesprochenen müssten ihre Arbeitsverträge kündigen und würde neue erhalten. Offenbar werden ihnen dabei Verbesserungen versprochen, eine Vergütung, die an den Tarifvertrag des Elektrohandwerks angelehnt ist. Überprüfen kann der Betriebsrat das nicht. In zusätzlichen Abteilungsversammlungen hat er aber zusammen mit der IG Metall und Gerhard Ihle, Rechtsanwalt aus Detmold, über rechtliche Möglichkeiten aufgeklärt. Noch ist unklar, wieviele der Angesprochenen in die Service-Gesellschaft wechseln, die bereits zum 1. Januar 2024 an den Start gehen soll.

Offen bleibt aktuell eine Regelung der Prämien, etwas, dass in einer Betriebsvereinbarung festgeschrieben werden müsste. Zur Zeit sind die Prämien eingefroren. Die Prämien sind im Zusammenhang mit den Zeitaufnahmen zu sehen, die der Arbeitgeber anstrebt. Solange die Abläufe am Standort aber nicht ruckelfrei eingerichtet sind, kann aus Sicht des Betriebsrats auch nicht über die Prämien neu verhandelt werden.

Für den 19. Dezember (nach Redaktionsschluss) hat sich Gene Murtagh, Vorsitzender der Geschäftsführung der weltweit agierenden Kingspan-Gruppe, im Werk angekündigt. Er wird dann vor einer neuen Adresse stehen. Denn die Straße »Im Weingarten« wurde kürzlich in »Kingspan Straße« umbenannt. Das wird ihn vermutlich freuen.

recht praktisch

Telefonische Krankschreibung wieder möglich

Während der Corona-Pandemie waren Krankschreibungen per Telefon möglich. Die Regelung lief im Frühjahr diesen Jahres aus und wird nun neu aufgelegt. Denn die Hausarztpraxen sind immer noch überlastet. Es gibt zu wenig Hausärzte, Grippe und Corona bleiben leider aktuell.
Im Sommer beschloss der Bundestag, dass telefonische Krankschreibungen dauerhaft möglich sein sollen. Genaueres sollte der Gemeinsame Bundesausschuss, das Selbstverwaltungsgremium im Gesundheitswesen, festlegen und eine Richtlinie erlassen. Am 7. Dezember kam das Gremium nun zusammen und einigte sich, dass ab sofort eine Krankschreibung am Telefon wieder möglich ist.

Die Regelungen gelten nicht nur für Atemwegserkrankungen, sondern allgemein. Also auch für Kopfschmerzen oder Durchfall. Wobei es bei unklaren Symptomen weiter dringend angeraten ist, den Hausarzt aufzusuchen. Regeln gibt es auch: der Patient muss in der Praxis in den vergangenen zwei Jahren mindestens einmal zur Untersuchung und Behandlung vorstellig gewesen sein. Die Arztpraxen sind zudem aufgefordert, zu prüfen, ob die anrufende Person tatsächlich diejenige ist, die sie angibt.

Eine telefonische Krankschreibung gilt für maximal fünf Kalendertage. Danach führt am Besuch in der Praxis kein Weg vorbei. Die Krankschreibung kommt per Post oder E-Mail. Die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung wird seit Anfang 2023 zudem direkt über die Krankenkasse an den Arbeitgeber übermittelt beziehungsweise bereit gehalten. Denn Krankenkassen sind seit diesem Jahr verpflichtet, sogenannte »Abruf-Datenbanken« zu führen. Mit entsprechender Software können Arbeitgeber dann bei der Krankenkasse abfragen, ob eine Krankschreibung vorliegt. Kurz gesagt: Ein Arbeitnehmer muss seinem Arbeitgeber weiterhin Bescheid geben, dass er arbeitsunfähig ist. Die Meldung darüber erhält nun die Krankenkasse vom Hausarzt. Der Arbeitgeber schaut in die Datenbank und erhält so praktisch eine Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung.

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist ein hoher Beweis

Ist eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ein Beweis? Man sollte denken, ja, das ist so. Denn ein Arbeitnehmer hat einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für die ersten sechs Wochen der Krankheit. Es gibt jedoch vermehrt Arbeitgeber, die die Arbeitsunfähigkeit anzweifeln und nicht zahlen wollen. Dem sind allerdings gesetzlich Hürden vorgeschaltet. Ein Arbeitgeber kann die Krankheit und die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nicht einfach bestreiten und weitere Beweise verlangen.

Allerdings kann ein Arbeitgeber versuchen, den Beweiswert zu erschüttern. Dazu zählt unter anderem, wenn ein Hausarzt eine Krankschreibung rückwirkend bescheinigt oder eine Krankschreibung länger als zwei Wochen gilt, in Ausnahmen bis zu einem Monat.

In dem aktuellen Fall hat das Bundesarbeitsgericht dem Beklagten, also demjenigen, dessen Krankschreibung vom Arbeitgeber angezweifelt wurde, Recht gegeben. Das Urteil bestätigt den sehr hohen Beweiswert einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung.

Bundesarbeitsgericht, AZR 335/22, AZ 2 Ca 1138/2, Urt. v. 28.06.2023

IG Metall legt Rentenkurs fest

Mitgliederzuwachs, wegweisende Entscheidungen: Die IG Metall hat sich gut aufgestellt für das kommende Jahr

Die IG Metall schaut auf ein turbulentes Jahr zurück. Vor allem die Inflation schüttelte die Betriebe und vor allem die Beschäftigten kräftig durch. In den Lohnrunden der vergangenen 12 Monate ist es jedoch gelungen, durch gute Abschlüsse und durch die Inflationsausgleichsprämie Löcher zu stopfen. Die Konjunktur zeigt sich dabei robust, auch wenn einzelne Betriebe in Schwierigkeiten gerieten und zeitweise in Kurzarbeit gingen. »Von einer Lohn-Preis-Spirale kann keinesfalls gesprochen werden. Die Ursachen liegen vor allem nach wie vor in dem russischen Angriffskrieg und der daraus folgenden Notwendigkeit, die Beschaffung von Energie und Rohstoffen neu zu organisieren. Mitnahmeeffekte einiger Großkonzerne taten ihr Übriges«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold.

Die IG Metall Detmold hat sich 2023 über zahlreiche neue Mitglieder gefreut. »Wir gehen gut aufgestellt ins kommende Jahr«, ergänzt Daniel Salewski.

Mit drei Delegierten war die Geschäftsstelle beim Gewerkschaftstag vertreten. Erstmals wurde mit Christiane Benner eine Frau als Erste Vorsitzende gewählt – und dies mit 87 Prozent der Stimmen. Inhaltlich legte der Gewerkschaftstag fest, betriebliche Renten ohne Anspruchsgarantien nicht weiter verfolgen zu wollen. Diese Rentenform hätte ein erhebliches Risiko in sich getragen, nämlich tatsächlich Überschüsse am Kapitalmarkt zu erwirtschaften. Das Risiko hätten die Beschäftigten getragen. Stattdessen will die IG Metall eine Stärkung und einen Ausbau der gesetzlichen Rente erreichen. Der Kreis derjenigen, die in gesetzliche Rente einzahlen, soll ausgeweitet werden. Und: Beschäftigte und Arbeitgeber sollen Möglichkeiten erhalten, zusätzlich in die gesetztliche Rentenversicherung einzuzahlen. Da das kein Arbeitgeber freiwillig machen wird, ist das wahrscheinlich ein Thema für künftige Tarifrunden.

Puddingplätzchen von Dajana

Was Du brauchst für ungefähr 40 Puddingplätzchen: 200 g weiche Butter, 80 g Puderzucker, 2 Päckchen Vanillezucker, 2 Päckchen Puddingpulver (Vanillegeschmack oder Schokolade, 200 g Mehl, etwas Puderzucker zum drüber streuen nach dem Backen.

Zubereitung: Butter mit den Schneebesen des Handmixers schaumig schlagen. 40 g Puderzucker und Vanillezucker unterrühren. Puddingpulver und Mehl unterkneten, den Teig in Frischhaltefolie wickeln und circa 1 Stunde kalt stellen. Jeweils eine kleine Portion Teig zwischen den Händen zur Kugel formen und auf ein mit Backpapier ausgelegtes Backblech geben. Eine Gabel leicht mit Mehl bestäuben und die Teigkugel damit flach drücken. Rest Teig ebenso verarbeiten. Puddingplätzchen im vorgeheizten Backofen (180 °C Ober-/Unterhitze) 10 bis 12 Minuten backen. Abkühlen lassen und mit Puderzucker bestäuben. Guten Appetit!

Die IG Metall Detmold wünscht entspannte Tage zwischen den Jahren. Frohe Weihnachten und guten Rutsch in ein hoffentlich gutes neues Jahr 2024!

We wish you a Merry Christmas | Size Mutlu Noeller diliyoruz | Życzymy Wesołych Świąt | Мы желаем вам счастливого Рождества | نتمنى لكم عيد ميلاد سعيد | Em ji we re Newroza Merryê dixwazin | Desejamoslhe um Feliz Natal | Te deseamos una feliz navidad | Ti auguriamo un buon Natale | Σας ευχόμαστε Καλά Χριστούγεννα | Wir wünschen frohe Weihnachten!

Vorsicht Cartoon!

Impressum

›Nachdruck‹
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Thomas Bergmann, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: S.1 oben, S.2 Thomas Range / IG Metall, S.2 unten: IG Metall, S.4 Cartoon André Poloczek

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff ›nachdruck‹ an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

BEITRITTSERKLÄRUNG Auch möglich unter **www.igmetall.de/beitreten** Eintrittsdatum T T M M J J J J

Name | **Vorname** | **Geburtsdatum** T T M M J J J J | **Geschlecht** ☐ weiblich ☐ männlich | **Mobiltel.** ☐ dienstlich ☐ privat | **Telefon** ☐ dienstlich ☐ privat

Straße | **Hausnr.** | **Land** | **PLZ** | **Wohnort** | **E-Mail** ☐ dienstlich ☐ privat | **Staatsangehörigkeit**

Ich bin ☐ Vollzeit beschäftigt ☐ Teilzeit beschäftigt ☐ in Altersteilzeit Arbeitsphase ☐ in Altersteilzeit Freistellungsphase ☐ Solo-Selbstständig

Betrieb / Einsatzbetrieb | PLZ | Ort | Personal- /Stammnummer | Kostenstelle

☐ Leihbeschäftigte*r ☐ mit Werkvertrag ☐ befristet von: bis: Verleihbetrieb:

Ich bin derzeit ☐ Auszubildende*r ☐ Dual Studierende*r ☐ Student*in ☐ Schüler*in ☐ Ferienbeschäftigte*r von: bis: wenn Student*in, Hochschule:

IBAN

durchschn. mtl. Bruttoeinkommen, davon 1 % Mitgliedsbeitrag = **Mitgliedsbeitrag**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1 % vom durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen. Studierende und Schüler*innen ohne Beschäftigung zahlen 2,05 Euro. Anspruch auf Leistungen besteht nur bei satzungsgemäßem Beitrag.

Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.

Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter **www.igmetall.de/datenschutz**.

SEPA-Lastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 ZZZ0 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Migliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Stand Mai 2022

X Ort/Datum/Unterschrift